

Dr. Göbbels an die Filmschaffenden

Berlin, 10. Febr. Reichsminister Dr. Göbbels hielt am Freitag in der Krolloper vor den Filmschaffenden eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Es ist jetzt nahezu ein Jahr her, daß ich das erstmalig in amtlicher Eigenschaft vor den deutschen Filmschaffenden sprach. Ich konnte damals noch nicht viel an Leistungen aufweisen, denn die primärste Arbeit, die uns bevorstand, beruhte vorerst im Negativen, d. h. wir mußten vorerst all die Schäden abstellen, die sich im öffentlichen Leben in den vergangenen 14 Jahren gezeigt hatten. Der deutsche Film ist heute allmählich wieder auf der aufsteigenden Linie. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Film eines der modernsten und weitreichendsten Mittel zur Beeinflussung der Masse ist, die es überhaupt gibt. Eine Regierung darf deshalb den Film nicht selbst überlassen.

Lassen Sie mich einen kurzen Rückblick auf das werfen, was wir im Jahre 1933 auf dem Gebiete des Films übernommen haben. Die Produktion befand sich in einer heillosen Zerfahrenheit. Dazu kam eine heillose Desorganisation und eine Fehlleitung von Kapital, die einem die Haare zu Berge trieb. Die Folge davon war Mutlosigkeit allenthalben. Andererseits zeigte sich auch allgemach, daß ein wirklich führender Kopf auf dem Gebiete des deutschen Films nicht zu verzeichnen war. Das Geschäft war die Hauptfrage. Die Kassen mußten voll werden. Die Geldgeber mußten bei Laune gehalten werden. Diese verzweifelte Situation auf dem Produktionsmarkt wirkte sich naturgemäß auf die Finanzen des Films aus. Geld wurde nur für Rißsch gegeben, weil man meinte, Rißsch würde sich am besten rentieren. Man war im Begriff, den Film überhaupt als Kunstgattung zu verachten und ihn zu einem bloßen Amüsement herabzuwürdigen. Je mehr nun diese alte Gefahr heraufzog, um so schleuniger zog sich das Kapital zurück.

Man suchte die Gefahr zu überwinden durch grotesk übersteigerte Monstre-Filme, die sich gar nicht rentieren konnten. Daraus ist leicht man überhaupt vom Experiment ab. Man wollte nur Filme, die an sich ganz sicher und stabil waren, Militärfilme und Unterhaltungsfilme und kitschige Operetten. Von dieser Art Kunst hatte sich das zukünftige deutsche Publikum längst zurückgezogen. Es schloß sich in die Versammlungen wo man seine Not verstand. Dort gab es Erfüllung seiner Sehnsucht. Dort hatte es Ziele, Ideale.

Als wir die Macht übernahmen, sahen die Regisseure in den Leeren Filmateliers. Sie hatten kein Geld mehr, sie hatten kein Publikum mehr. Die ganze künstlerische Welt war im Begriff, vor diesem Zusammenbruch zu kapitulieren. Diese Erschöpfung übernahmen wir.

Das Wichtigste, was vorab gelöst werden mußte, war die Frage der Organisation. Aus diesem Grunde haben wir alle an der Filmwirtschaft Beteiligten in einer großen Gesamtorganisation zusammengefaßt. Die Folgerung, die wir ziehen mußten, war die Ausschaltung der Juden. Das mag hier und da zu einer menschlichen Tragödie führen. Das kann uns aber so leicht nicht berühren, da in den vergangenen 14 Jahren auch manche menschliche Tragödie zu verzeichnen war, die in dem Falle aber nicht die Juden, sondern uns betraf. Damit war schon jungen deutschen Talenten wenigstens der Weg freigemacht, sich zu bewegen. Die Ateliers füllten sich nun wieder mit Leben. Da wir nicht annehmen konnten, daß der private Kapitalmarkt sofort einspringen würde, haben wir einen staatlich subventionierten und beaufsichtigten Kapitalmarkt geschaffen, immer in der geheimen Hoffnung, die uns später nicht betrogen hat: Wenn das einmal im Gange ist und der private Kapitalmarkt irgend eine Verdienstmöglichkeit wittert, dann kommt er wieder. Ausschlaggebend ist, daß wir die Sicherheit der Anlagen garantieren. Wir haben allmählich auch wieder das künstlerische Vertrauen der Welt in den deutschen Film zurückgebracht, vor allem, weil wir immer von vornherein künstlerische Gesichtspunkte vertreten haben. Heute wird jeder ehrliche Künstler von Rang und Namen wieder bereit sein, von der Bühne auf die Leinwand zurückzukommen.

Ich habe hier und da schon den Versuch unternommen, auch auf die Kritik einen günstigen Einfluß auszuüben. Ein Kritiker allerdings, der auf dem Gebiete irgend einer Kunstgattung gar nichts geleistet hat, hat nicht das Recht, so von oben herab jede künstlerische Leistung herunterzureißen. Auf der anderen Seite wünschen wir aber eine redliche und positive Kritik vor allem auf dem Gebiete des künstlerischen Lebens.

Was die Stoffe selbst anlangt, so weiß ich sehr wohl, daß es hier noch sehr im Argen liegt. Das hat eine Vielzahl von Gründen. Ich gebe zu, daß kurz nach unserer Machtübernahme viele Firmen die redliche Absicht gehabt haben, im Geiste der Zeit Filme zu schaffen. Das Leben selbst muß wieder Inhalt des Films werden. Man muß das Leben mit Kühnheit und Mut anfassen, auch wenn Fehlschläge kommen. Das Publikum ist nicht kunstfremd. Das Publikum ist nur fremd einer Kunst gegenüber, die dem Volk gegenüber fremd geworden ist.

Lassen Sie mich jetzt noch einen kurzen Zukunftsaussicht tun: wichtig ist es vor allem, daß die deutsche Filmproduktion nun endgültig lernt, daß der Grundton ihrer Arbeit nicht auf dem Verdienste, sondern auf dem Dienste liegt. (Bravo!) Daß dann dieser Dienst wie jeder im Leben auch Anspruch auf den Verdienst hat, versteht sich von selbst. Denn ohne Brot können wir Menschen nicht leben, und es ist ein ganz selbstverständlicher Standpunkt, wenn man sagt: Jeder Film muß sich min-

Tagesspiegel.

Zwischen Deutschland und der Schweiz ist ein neues Transferabkommen zustande gekommen.

Ueber das Verhältnis der Saardeutschen zur NSDAP. hat der Stellvertreter des Führers eine Anordnung erlassen.

Auf der Amtswalterinnentagung der NS-Frauenchaft nahm Reichsminister Dr. Göbbels das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen über die Frauenfrage. Hg. Hilgenfeldt wurde zum Amtsleiter der NS-Frauenchaft ernannt. Hilgenfeldt teilte mit, daß die Absicht besteht, nach Ablauf des Winterhilfswesels eine Aktion für die Mutter und das Kind einzuleiten.

Der Saarbevollmächtigte der Reichsregierung teilt mit, daß das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums keine Anwendung für eine spätere Zeit und also auch nicht eine Anwendung auf die Saarbeamten nach der Rückkehr des Saargebietes zum Mutterlande finden kann.

In Oesterreich verhandeln Dollfuß und die Wehrverbände über die Einführung eines autoritären Kurzes und beziehen Front gegen die Christlichsozialen wegen ihres Viebängels mit den Sozialisten.

Außenminister Beck wird sich am Montag zu einem Besuch nach Moskau begeben.

Der tschechische Ministerpräsident kündete am Rundfunk die Abwertung der Tschechen-Krone an, um das Hindernis für die Exportfähigkeit gegenüber der Konkurrenz zu beseitigen.

Nach den Barrikadenkämpfen vom Freitagabend in Paris, wo die Kommunisten auch versuchten, zwei Kirchen in Brand zu setzen, ist nun äußere Ruhe eingetreten. Der Generalkrieg für den heutigen Montag belastet aber noch die Lage.

In Paris haben sich die Seher und Drucker der Pariser Zeitungen der Generalkriegsbewegung angeschlossen. Am Montag werden also in Paris keine Zeitungen erscheinen.

In Berchtesgaden wurden die Deutschen Skimeisterschaften ausgetragen unter starker Beteiligung. Der Berchtesgadener Stoll wurde Deutscher Meister.



Zum 100. Todestag Schleiermachers

Vor 100 Jahren am 12. Februar starb in Berlin der bekannte große deutsche Prediger und Philosoph Daniel Friedrich Schleiermacher.

bestens rentieren. Bringt aber ein Film mehr ein, als zu seiner Rentabilität nötig ist, dann kann man den Ueberfluß für gefährliche Experimente benutzen. (Bravo!) Damit hat man dann auch die Möglichkeit, etwas Neues zu schaffen und der Kunst ihren eigenen Impuls zu geben. Wir werden dafür sorgen, daß diese Entwicklung von allen Behörden unterstützt wird. Ich verlange nicht, daß ein Film mit nationalsozialistischen Parademärchen anfängt und aufhört. Die nationalsozialistischen Parademärche soll man uns überlassen, das verstehen wir doch besser. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber auch für die Produktion gilt der Grundsatz, daß auf dem Gebiet des Films nirgendwo, auch nicht auf der geschäftlichen Seite, ein Mensch tätig sein kann, der bei jedes künstlerischen Empfindens ist. (Sehr richtig!) Im Film hat ein reiner Geschäftemacher nichts zu tun! (Bravo und Händeklatschen.)

Für die Finanzierung werden wir mutig dieselben Wege weiter beschreiten, die wir schon einmal eingeschlagen haben; wo es an Privatkapital gebricht, da werden wir staatlicherseits eingreifen und werden eine Reorganisation des ganzen Kapitalwesens des deutschen Films finden, die am Ende jede schwere Erschütterung von vornherein ausschließt. Ich bin seit einiger Zeit mit dem Herrn Reichsfinanzminister in Verhandlungen, und ich glaube heute schon mitteilen zu dürfen, daß bei der in ganz kurzer Zeit in Vollzug kommenden großen Reichssteuerreform die Lustbarkeitssteuer für den Film überhaupt abgeschafft wird. (Lebhafte Beifall.)

Damit, glaube ich, tun wir wieder einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Konsolidierung des deutschen Filmes. Was dem Film entspricht, muß zu seiner künstlerischen Gestaltung dienen. Wir wollen, daß der Filmartillerist wieder ein künstlerisches Verantwortungsgefühl besitzt, daß er sich nicht nur seiner Firma und seinem persönlichen künstlerischen Ruf verpflichtet fühlt. Was wir wollen ist, daß man auf der Leinwand Menschen statt Larven sieht. Wie wir im Leben Menschen sehen, wollen wir im Theater und in der Kunst auch Menschen dargestellt sehen. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen in der Kunst kein Risiko, das es im Leben nicht gibt und wir wollen keine Menschen, die es im Leben nicht gibt. Ich möchte sich wieder einmal, wie schon oft in der Vergangenheit gegen die Unterstellung verwehren, wir hätten die Absicht, den Film nationalsozialistisch-programmatisch umzufälschen. Diese Absicht liegt uns fern als jede andere. Wir haben die Absicht, dem Film ein deutsches Gesicht zu geben, wir wollen auch nicht, daß der Nationalsozialismus durch die Auswahl des Stoffes zur Darstellung kommt, sondern durch die Gestaltung des Stoffes. Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung. Er hat nicht nur die Politik oder die Wirtschaft umgeformt. Denn Weltanschauung hat an sich nichts mit Wissen zu tun. Wenn der Nationalsozialismus eine Weltanschauung ist, dann erhebt er sich auf das ganze Leben. Wir möchten eine offene, freie und edle Lebensbejahung. Mit Optimismus, mit Kühnheit, mit Mut wollen wir an die Aufgaben des Films herangehen.

Pariser Presse zum Kabinett Doumergue

Freundliche Aufnahme in den bürgerlichen Blättern — Kampfansage der Margisten

9. 10. Febr. Das Kabinett findet im großen und ganzen eine freundliche Presse bei den bürgerlichen Blättern, die es jedoch nur als eine Ruhe und Ordnung verbürgende Uebergangsercheinung ansehen. Die sozialistische und kommunistische Presse kündigt ihm offene Feindschaft an.

Die Bildung der Regierung Doumergue, so schreibt der „Matin“, wird von den meisten Franzosen mit Genugtuung aufgenommen werden. Sie werden wieder Vertrauen fassen. „Journal“ glaubt nun den Weg frei für die Befestigung der Geister und für die Wiederkehr des Vertrauens. Das Blatt „Herriot“, die „Ere Nouvelle“, schreibt, viele seit langem schwebende, ernste außen- und innenpolitische Fragen würden endlich ihre Lösung finden. Der Waffenstillstand im Parlament sei vollzogen. Ein aus starken und erfahrenen, den Staatsinteressen und dem öffentlichen Wohl ergebenden Männern bestehendes Ministerium sei gebildet worden. Das „Devoir“ erklärt, das von Doumergue gebildete Kabinett würde sich als Burgfriedenskabinett aus. Man glaube aber nicht daran, daß die Parteien ihre Streitigkeiten vergessen werden, jedenfalls nicht, ohne Schwierigkeiten zu machen. Das „Echo de Paris“ würde es begrüßt haben, wenn man mehr jüngere Kräfte in die Regierung genommen hätte. Das erzielte Ergebnis lasse sich nur verstehen, wenn man an die Lage vom Dienstagabend denke, an dem das Land beinahe unter das Joch einer blutigen Linksdiktatur geraten wäre. Das Ministerium Doumergue sei das allerlegte Bollwerk gegen diese Gefahr, aber auch der letzte Versuch mit einem legal durchgeführten Parlamentarismus. Das Blatt bezeichnet die Auflösung der Kammer und eine Reform der Verfassung als notwendig. „Figaro“ glaubt, daß die Zusammenfassung der Regierung weite Kreise enttäuschen werde. An Stelle eines großen Ministeriums sei ein Uebergangskabinett zustande gekommen, das allerdings die Ordnung auf der Straße wiederherstellen und die blutigen Meutereien verhindern werde. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ erklärt, Frankreich stehe am Scheidewege. Das Kabinett Doumergue sei nur ein Waffenstillstandskabinett. Der Faschismus werde nicht locker lassen. Entweder müsse man ihn niederschlagen, oder er werde zur Herrschaft gelangen.

Ein Aufruf Doumergues

Paris, 10. Febr. Ministerpräsident Doumergue hat folgenden Aufruf in Paris anhängen lassen:

Bürger! Ich bin berufen worden, um eine Regierung des Burgfriedens, der Entspannung und der Gerechtigkeit zu bilden. Diese Regierung ist jetzt gebildet. In ihrem Namen fordere ich Euch auf, eurerseits Eure Pflichten zu tun und zwar dadurch, daß Ihr von jeder Agitation Abstand nehmt. Das Interesse Frankreichs und der Republik über alles!



Domergue — der neue Ministerpräsident Frankreichs.

Das neue Kabinett

Das neue französische Kabinett umfasst 20 Minister, darunter 4 Senatoren, 12 Abgeordnete und 4 Nichtparlamentarier, und zwar Gaston Doumergue selbst, Marshall Petain, General Denain und den Vorsitzenden des Nationalverbandes der ehemaligen Frontkämpfer, Rivollat. Die vier Senatoren gehören folgenden Parteien an: zwei Mitglieder der demokratischen Linken, ein Mitglied der demokratischen und radikalen Vereinigung und einen parteilosen Senator. Die 12 Abgeordneten, die dem Kabinett angehören, verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: fünf Radikalsocialisten, ein Neosocialist, zwei Mitglieder der radikalen Linken, zwei Vorkonrepublikaner, ein Mitglied der republikanischen Mitte und ein Mitglied der republikanischen Vereinigung. Im Gegensatz zu den rein parlamentarischen Kabinetten weist die Regierung Doumergue keinen einzigen Staatssekretär mehr auf. Die radikal-socialistische Kammerfraktion hat anstelle Herriots, der in die Regierung Doumergue eingetreten ist, den Abg. Chaumepey zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Kommunistenunruhen in Paris

Plünderungen und Brandstiftungen
Kirchen in Brand gesteckt

Paris, 10. Febr. An verschiedenen Punkten der Stadt ereigneten sich am Freitag abend ziemlich heftige Zwischenfälle. Die kommunistischen Kundgeber setzten der Auflösung ihrer Züge durch die Polizei Widerstand entgegen. Einige Plünderer wurden verhaftet. Auch berittene Mobilmache wurde mehrfach eingesetzt. Die Lastkraftwagen der Polizei beförderten den ganzen Abend über Verstärkungen von einem Punkt nach dem anderen. In den östlichen Vorortstraßen, namentlich am Boulevard Belleville, behaupteten die Kommunisten sich auf der Straße. Die Polizeistreitkräfte trafen ein und man hörte mehrere Schüsse. Aus den Fenstern wurde die Polizei mit Blumentöpfen heftig beworfen. Die Zahl der Kundgeber soll im ganzen 10 000 nicht übersteigen. Im Laufe des Abends drangen Demonstranten auch in eine Halle des Ostbahnhofes ein und begannen dort zu plündern. Polizeiliche Verstärkung und Feuerwehr eilten herbei und es kam zu heftigen Zusammenstößen, wobei ein Polizeibeamter durch einen Revolverbeschuss getötet wurde. Manifestanten haben die in der dortigen Gegend befindliche St. Josephs-Kirche in Brand gesteckt. Die Feuerwehr konnte das Feuer löschen.

Paris, 10. Febr. Am Mitternacht ist es der Polizei überall gelungen, der Ansammlungen und der Unflatsversuche Herr zu werden. Nur an der Porte St. Martin, wo die Kommunisten ihr Hauptquartier ausgeschlagen zu haben scheinen, war es unmöglich, ein Verbot auszusprechen, aus dem sie fortwährend mit Waffen und Lebensmitteln versorgt wurden. Das Rathaus des 11. Pariser Bezirks wurde von ihnen umzingelt und die Fenster Scheiben eingeschlagen. Doch konnte das Gebäude durch herandrückende Polizei schnell entsetzt werden. An die St. Ambroise-Kirche wurde von den Kommunisten Feuer gelegt; doch konnte der Brand bald gelöscht werden. Polizeistreifen durchziehen die verschiedensten Stadtviertel, um Gruppenbildungen zu verhindern.

Die Pariser Stadtverordnetenversammlung fordert Wiedereinsetzung Chiappes

Paris, 10. Febr. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung ist bei Innenminister Sarraut vorstellig geworden mit der Forderung die Regierung möge den früheren Polizeipräsidenten Chiappe und den im Solidarität mit ihm zurückgetretenen Präfekten des Seine-Departements, Reynard, wieder einsetzen, da sie das volle Vertrauen der Pariser Bevölkerung besäßen und ihrer Aufgabe gewachsen seien. Sarraut wies darauf hin, daß nicht er, sondern die Regierung zu entscheiden habe.

Die kommunistische Revolte ist niedergeschlagen worden. Zu einem letzten heftigen Zusammenstoß, bei dem 40 Personen durch Schüsse und Hiebe Verletzungen davongetragen haben, kam es kurz vor Mitternacht an einem Untergrundbahnhof, als die Kommunisten eine Barrikade zu errichten versuchten, die von der Polizei in Sturm genommen wurde. Auch am Nordbahnhof, in den sich einige Trupps von Demonstranten geflüchtet hatten, kam es um Mitternacht zu einer Schießerei. Die Polizei setzte 200 Kommunisten nach, die sich in einen Untergrundbahnhof geflüchtet hatten und überwältigte sie nach lebhaftem Kampf. Die Zahl der Verhafteten wird mit 800 angegeben. Die Zahl der verwundeten Kommunisten steht noch nicht fest, scheint jedoch sehr hoch zu sein. Nach den letzten Berichten sind 32 Polizisten verletzt worden, davon 5 schwer.

1200 Verhaftungen in Paris

Paris, 11. Febr. Dem „Paris Midi“ zufolge wurden bei den blutigen Zusammenstößen am Freitag 40 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt. Die meisten Verletzungen rühren von Revolverkugeln her. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf etwa 1200, darunter sich über 50 Ausländer befinden, die unverzüglich ausgewiesen werden. Laut „Journal“ soll es sich dabei zum größten Teil um deutsche Kommunisten handeln. In den Pariser Krankenhäuser befanden sich am Samstag noch 50 Zivilpersonen, die bei den Straßenunruhen der letzten Nacht verwundet worden sind.

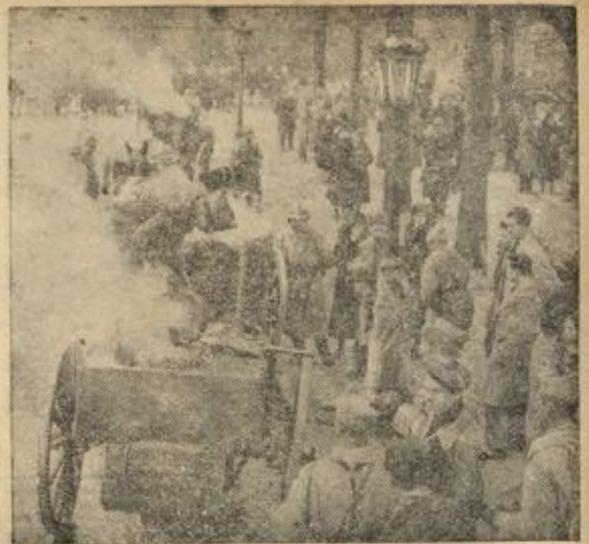


Am 130. Todestag Immanuel Kants

Am 12. Februar jährt sich zum 130. Male der Todestag des großen deutschen Philosophen Immanuel Kant.

Statthalter in den österreichischen Bundesländern

Wien, 10. Febr. Bundeskanzler Dollfuß empfing den Bundesführer der Heimwehren, Starhemberg, den Bundeskommissar Steidle und eine Reihe von Heimwehrführern. Die Konferenz des Bundeskanzlers mit den Landeshauptleuten über die Forderungen der Heimwehren nach Durchführung des autoritären Regierungskurses in den Bundesländern ist auf Montag verschoben worden. In der Regierungspresse wird erklärt, daß das erste Stadium zur Durchführung des neuen autoritären Kurses bereits abgeschlossen sei. Eine durchgreifende neue Gestaltung des gesamten öffentlichen Lebens stehe bevor. Die Regierung plane angeblich, die Landeshauptleute zu Statthaltern zu ernennen, die unmittelbar dem Bundeskanzler unterstellt würden und die ohne die hinderlichen Landesparlamente gemeinsam mit einem engeren beratenden Ausschuss die Führung in den Bundesländern übernehmen sollen. Die notwendigen Entscheidungen über diese grundlegende Verfassungsreform liegen allein bei Bundeskanzler Dollfuß.



Aus den Unruhen von Paris

Zur Bekämpfung der Unruhen, hervorgerufen durch das Versagen der Regierung bei der Aufhebung der Riesenkorruptionen, waren zahlreiche Militärformationen nach Paris gezogen worden, die in dem Park vor dem großen Palais ihre Gulschfahnen zur Verpölung der Truppen aufgestellt hatten.

Litauisches Sondergesetz

gegen die Memel-Deutschen

Kowno, 10. Febr. Der Staatspräsident hat mit sofortiger Wirkung das seit längerer Zeit vorliegende Gesetz zum Schutze von Volk und Staat erlassen, durch das die bisherigen Bestimmungen ergänzt und verschärft werden. In dem Gesetz heißt es u. a.: Wer das litauische Volk, den Staat oder die staatlichen Hoheitszeichen beleidigt oder verächtlich macht, wird mit Gefängnis oder Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft. Wer die staatliche Zuverlässigkeit der litauischen Staatsangehörigen, ihre Einigkeit oder ihr Nationalbewußtsein einschleiert oder schwächt, wird mit Gefängnis bestraft, und wenn ein solches Vergehen von Beamten oder Angestellten des Staates und seines selbständigen Gebiets unter Einsatz der amtlichen Befugnisse begangen wird, so tritt Strafe bis zu vier Jahren Zuchthaus ein. Zuchthausstrafen droht litauischen Staatsangehörigen, die mit ausländischen Stellen Beziehungen unterhalten, durch die die staatliche Unverletzlichkeit in Frage gestellt wird. Die gleiche Strafe trifft litauische Staatsangehörige, die einem ausländischen Verbände angehören, dessen Tätigkeit nicht in Einklang mit den Interessen Litauens steht. Pressevergehen werden bis zu 20 000 Lit oder entsprechender Gefängnisstrafe geahndet. Herausgeber oder Verfasser eines Druckerzeugnisses, das ganz oder teilweise mit Geldunterstützung des Auslandes herausgegeben wird oder dessen Veröffentlichung den Interessen des Staates oder des litauischen Volkes entgegensteht, werden mit je 20 000 Lit bestraft. Dieselbe Strafe droht Personen, die an der Spitze einer von Ausland unterstützten, nicht erlaubten Verbände stehen. Ferner steht das Gesetz verschärfte Bestimmungen über Befehl fremder Abzeichen und Verdienstorden vor.

Die Spitze dieses Gesetzes richtet sich unverkennbar gegen die Deutschen des Memelgebietes.

Die Organisation der Beamten

Berlin, 11. Febr. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, und der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, erlassen folgende Bekanntmachung:

In Durchführung der vom Führer getroffenen Anordnungen über die Organisation der Beamten wird folgendes bekanntgegeben:

1. Die Zusammenfassung der Beamten als besonderer Stand im ständischen Aufbau des deutschen Volkes und die Einattribution einzelner Beamtengruppen in den ständischen Aufbau sind im Hinblick auf das besondere Verhältnis der Beamten zum Staat unzulässig.
2. Der Reichsminister des Innern als der für die Beamtenpolitik verantwortliche Minister ist für die Organisation aller Beamten im Reichsgebiet zuständig.

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hollstein.

83. Fortsetzung. Rohdruck verboten.

„Ein Transport . . .?“
„Ist heute und morgen, wenn nicht überhaupt ganz ausgeschlossen. Die geringste Erschütterung muß vermieden werden.“
„Auch mit dem Krankenauto geht es nicht?“
Die beiden Geheimräte sahen sich an.
„Es ist sehr gefährlich. Wir wollen bis morgen warten. Vielleicht hat sich das Befinden der Kranken etwas gebessert.“
„So kann ich nichts . . . für meine Braut tun?“
„Nichts, Herr von Kamerlingk, als . . . hoffen und glauben!“ war des Geheimrats Antwort.

Oberst Kaden besuchte, als er in Breslau angekommen war, sofort den Polizeipräsidenten, Herrn Dr. Sibellius, einen feingebildeten, ebenso humanen wie energievollen Mann, knapp Anfang der Vierzig.

Sie kannten sich bereits seit längerer Zeit, waren sich auf Gesellschaften begegnet und schätzten sich.

So kam es, daß Oberst Kaden sofort vorgelassen wurde, just zu der Stunde, da Oberkommissar Stenglein dem Polizeipräsidenten alles vorgetragen hatte und um die Haftbefehle bat.

Sibellius ging dem Obersten entgegen und begrüßte ihn herzlich.

„Führt Sie etwas Kriminelles zu mir, Herr von Kaden?“ fragte Dr. Sibellius.

„Allerdings, nicht in eigener Sache, aber . . . der Fall Rosenberg interessiert mich.“

Die beiden Kriminalisten sahen sich an.

„Ah . . . das ist interessant.“

„Ich komme von Rosenberg, habe Herrn von Kamer-

lingk gesprochen. Sie wissen doch, daß ich rund 50 Soldaten dorthin kommandiert habe.“

„Allerdings, ich bin im Bilde.“

„Auf Rosenberg wurde mir nun von Herrn von Kamerlingk erzählt, daß man gegen ihn und seinen Mitarbeiter Schaffranz Verdacht geäußert habe, und wegen Brandstiftung, Versicherungsbetrug und so.“

„Leider!“

„Lieber Doktor Sibellius . . . Sie kennen doch den Kommerzienrat von Kamerlingk! Ein Mann von vielleicht zehn Millionen . . . um das muß es her sein. Es wäre doch ein Wahnsinn, wenn dessen Sohn . . . sich auf diese Weise Geld verschaffen wollte.“

Dr. Sibellius warf dem Oberkommissar einen Blick zu, der verstand und das Zimmer verließ.

Als sich die Herren gegenüber saßen, sagte der Polizeipräsident: „Herr Oberst . . . eben hat mir Oberkommissar Stenglein Bericht erstattet. Gewiß gebe ich zu, daß man kaum einen Verdacht gegen Herrn von Kamerlingk fassen kann, aber . . . die menschliche Seele geht oft Irrwege. Halten Sie es nicht für möglich, daß die Triebfeder zu dieser Tat in . . . fasschem Ehrgeiz zu suchen ist? Es stiehlt nicht immer einer, weil er hunger hat.“

„Sicher gibt es das, aber Wilfried von Kamerlingk . . . nein, nein, Herr Präsident, der ist gesund bis ins Mark, der leidet nicht an seelischen Hemmungen und . . . wie sagt man so schön . . . an Komplexen.“

„Ihr Urteil ist mir wertvoll, Herr Oberst! Man müßte diesen Herrn von Kamerlingk kennen. Er soll aber doch mit seinem Vater zerfallen sein.“

„Ist ihm nicht eingefallen. Glauben Sie, daß ihm ein Vater, der nichts mehr von ihm wissen wollte, die Kommandogewalt von Rosenberg gibt? Das ist ein Rittergut von 2000 Morgen bestem Boden.“

„Hm, das stimmt wohl! Aber Tatsache ist doch, daß Herr Wilfried von Kamerlingk auf einer Weltreise sein ganzes mütterliches Erbe in Höhe von 200 000 Mark verbraucht hat.“

„Hm, das stimmt!“

„Das wirft nicht das beste Licht auf ihn.“

„Wenn er es verschwendet hätte, ja, aber . . . das ist nicht der Fall. Ich kann Ihnen berichten, daß er das Geld angelegt hat, und wie mir der Betreffende, der es angelegt überlassen hörte es der Polizeipräsident.“

„Das . . . erschwert mir die Entscheidung ganz besonders. Wenn dem so ist, müssen wir ja Herrn von Kamerlingk . . . vorläufig aus dem Spiele lassen. Dann käme noch dieser Schaffranz in Frage. Kennen Sie die Vergangenheit des Mannes?“

„Ja! Ich weiß nicht, ob es ganz so ist, wie es mir Herr Gothe und Herr von Kamerlingk erzählten, aber . . . dieser Schaffranz macht einen ausgezeichneten Eindruck.“

Dr. Sibellius wiegte den Kopf.

„Ich will Ihnen was sagen, lieber Doktor Sibellius. Sie machen einen Fehler in dieser Sache, Sie komplizieren den Fall zu sehr. Die gegebenen Spur, die besteht, die verfolgen Sie nicht, bzw. verfolgen Ihre Leute nicht.“

„Und die wäre?“

„Polnischer Racheakt. Sehen Sie, ich kenne den Beamten Ihres Präsidiums nicht, den Sie geschickt haben, aber sicher ist, daß er sich ausgerechnet von dem Inspektor Bruck, der den Rosenburger wie den Tod haßt, einen Floß ins Ohr setzen ließ und die ihm gegebene Fährte verfolgte, zurecht konstruierte, wie es ihm paßte, aber die Untersuchung dabei nicht vernunftsmäßig betrieb.“

„Wie meinen Sie das, Herr Oberst?“

„Ich bin kein Kriminalist, aber das hätte ich sofort gesehen, nach all dem Borgefallenen kommt ein Racheakt der Polen in erster Linie in Frage. Ich hätte Streifen ausgehakt, nach Spuren suchen lassen. Polizeihunde losgeschickt. Herr von Kamerlingk sah ja einen der Brandstifter flüchten, er konnte ihn nur nicht verfolgen, weil er in dem Augenblick merkte, wie die Gutscheune brannte.“

„Hm!“ sagte der Polizeipräsident nachdenklich. „Das ist schon richtig.“

(Fortsetzung folgt).



3. Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und der Reichsbund der Deutschen Beamten beruhen beide auf freiwilliger Mitgliedschaft. Ein Zwang oder ein Druck zum Beitritt zu einer dieser Organisationen darf nicht ausgeübt werden.

4. Grundsätzlich ist der Reichsbund der Deutschen Beamten die Einheitsorganisation für alle Beamten. Die Beamten mit abgeschlossener rechts- oder staatswissenschaftlicher Vorbildung sowie die sonstigen mit richterlichen Geschäften betrauten Justizbeamten (Rechtsfleher) und die Amtsanwälte gehören sowohl in den Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbund als auch in den Reichsbund der Deutschen Beamten.

Die Mitgliedschaft im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bringt bei diesen Beamten ohne weiteres die Mitgliedschaft beim Reichsbund der Deutschen Beamten mit sich, ohne daß eine besondere Beitragspflicht zu letzterem gegeben ist. Der Anspruch auf Leistungen sozialer Art (z. B. Sterbegeld) und auf Lieferung der Zeitschriften kann durch Zahlung eines Monatsbeitrages beim Reichsbund der Deutschen Beamten erworben werden.

5. Die Befugung der Amtswalterstellen im Reichsbund der Deutschen Beamten mit Mitgliedern des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und umgekehrt erfolgt im beiderseitigen Einvernehmen.

6. Organisationsfragen, die sich bei der Durchführung dieser Regelung ergeben, sind durch gemeinsame Anordnung der Führer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und des Reichsbundes der Deutschen Beamten zu klären.

Rudolf Heß zum Kampf um die Saar

Berlin, 11. Febr. Die NSD. meldet: Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, gibt über die Frage der Zugehörigkeit von Saardeutschen nach der Abstimmung zur NSDAP. des Reiches folgendes bekannt:

Eine große Anzahl von Anfragen aus dem Saargebiet, die die spätere Zugehörigkeit zur NSDAP. des Reiches und die notwendigen Voraussetzungen für eine solche spätere Mitgliedschaft betreffen, haben mich veranlaßt, den Führer Adolf Hitler um eine Entscheidung zu bitten. Nach Rücksprache mit dem Führer bin ich durch ihn ermächtigt worden, bekanntzugeben, daß die Mitgliedschaft zur NSDAP. des Saargebietes an sich noch keinen Anspruch darstellt auf eine spätere Uebernahme als Mitglied in die Reichspartei. Schon deshalb nicht, weil die NSDAP. des Saargebietes völlig selbstständig ist.

Nach der Abstimmung kann jeder Deutsche, der sich um die deutsche Saar bei der Abstimmung besonders verdient gemacht hat, ohne Rücksicht auf seine bisherige Zugehörigkeit Mitglied der Reichspartei werden. Hingegen bleibt bedingungslos allen denen der Zugang zur NSDAP. gesperrt, die in der Zeit des Abstimmungslampes partei- oder weltanschauliche Fragen in einer Form erörterten, durch die der Zusammenhalt der Deutschen irgendwie gefährdet werden könnte. Denn an der Saar gibt es für alle wahren Deutschen jeder Konfession, jeder Partei und jedes Standes nur eine Parole „Zurück zu unserem Deutschland“. Diese Parole hat alle zusammengeführt, die zusammenstehen wollen für das große gemeinsame deutsche Vaterland. Wer diese Parole sabotiert, hat in aller Zukunft kein Recht, sich Nationalsozialist zu nennen, und er wird deswegen auch niemals in die Partei aufgenommen werden. Nach der Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich wird derjenige von der Aufnahme in die NSDAP. ausgeschlossen, der irgendwelche Trobungen gegen Dritte ausspricht, die Zwangsmaßnahmen nach der Abstimmung ankündigen.

Mit diesen Bekanntgaben ist die nötige Klarheit geschaffen, in der der Sieg erklingen wird: Deutsch die Saar!

von Rudolf Heß.

Autoritärer Regierungskurs in Oesterreich

Wien, 11. Febr. In einem Ministerausschuß, dem Vizekanzler Ges. Justizminister Schulzgrünig, Staatssekretär Gleißner und der Bundesführer Starbomberg anwesend, fanden Beratungen über die Maßnahmen für die Durchführung des autoritären Regierungskurses statt. Hierbei soll die direkte Unterstellung der Landeshauptleute unter die Kommandogewalt des Bundeskanzlers und die Einsetzung der von den Heimwehren geforderten „Länderausschüsse für die Verbindung zwischen der Bundesregierung und dem Volke“ behandelt worden sein.

Die innerpolitischen Gegenstände über die Durchführung des neuen Regierungskurses treten immer schärfer zutage. Die christlich-sozialen Parteileitung, der die meisten Landeshauptleute angehören, soll den Standpunkt vertreten, daß der geplante Umbau in den Ländern nur auf verfassungsmäßigem Wege durchgeführt werden könne. Demgegenüber scheint die Regierung unter dem Einfluß der leitenden Heimwehrkreise entschlossen zu sein, die Neuordnung unter Ausschaltung des verfassungsmäßigen Weges durchzuführen. Der Standpunkt der Regierung kommt in einer Erklärung des Verfassungministers Dr. C. Ender zum Ausdruck, der feststellt, daß der Übergang zum Ständestaat diktatorisch sein müsse. Die autoritäre Regierung habe allein das Recht, den Tag zu bestimmen, an dem die politischen Parteien zu verschwinden hätten. Diese Entscheidung liegt allein bei Bundeskanzler Dollfuß. In der gleichen Richtung äußert sich die gesamte Regierungspresse.

Währungsabwertung in der Tschechoslowakei

Eine Ankündigung des Ministerpräsidenten

Prag, 11. Febr. Ministerpräsident Malapet sprach im Rundfunk über die Wirtschafts- und Geldfragen in der tschechoslowakischen Republik. „Es muß erwogen werden“, so sagte er, „ob es nicht notwendig ist, in ungleichen Währungsverhältnissen das schwere Hindernis für unsere Exportfähigkeit gegenüber der fremden Konkurrenz zu beseitigen“.

Der Ministerpräsident erklärte hierbei entschieden, daß es in der Tschechoslowakei keine Inflation geben werde. In allen Staaten, die Währungsänderungen durchgeführt haben, sei unstrittig erwiesen, daß im inneren Wirtschaftsleben keine Veränderungen eintreten. Dort, wo sie doch eintreten, seien sie entweder ganz vorübergehend oder sehr geringfügig gewesen. „Wir haben nichts zu verbergen, weder vor der eigenen Bevölkerung noch vor dem Auslande und werden nichts tun, was nicht bereits andere getan haben. Wir erwägen nur, wie wir uns der Schäden erwehren, die uns dadurch verursacht wurden, daß die Währungsverhältnisse anderer Staaten eine wesentliche Herabsetzung unserer Konkurrenzfähigkeit im internationalen Handel herbeigeführt haben. Wir dürfen nicht ruhig auf die Tatsache blicken, daß mehr als drei Viertel dieses internationalen Handels von diesen geänderten Währungen bederrscht werden. Aber um eines werden wir uns sorgsam kümmern, daß nämlich unsere Währung nicht ein Spielzeug in der Hand einer Finanzspekulation werden kann. Deshalb können wir diese Angelegenheit nur durch die gesetzgebenden Körperschaften regeln und so die Stabilität unserer Währung sichern, auch wenn die

Goldmenge, die unserer Papierkrone gleichkommt, um etwas herabgesetzt würde. Unsere Währung bleibt deshalb eine Goldwährung und in ihrem Verhältnis zum Gold wird sie nur durch das Gesetz geregelt“.

Die Londoner Abrüstungsberatungen

London, 11. Febr. Wie Reuters meldet, werden der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, und der Leiter der Abrüstungsabteilung beim Völkerbund, Labandis, am Sonntag, der tschechoslowakische Außenminister Benech und der griechische Gesandte in Paris, Politis, am Montag in London eintreffen. Am Montag werden auch die Beratungen zwischen den Staatsmännern beginnen. Ziel der Beratungen wird sein, festzustellen, ob die Abrüstungsverhandlungen auf diplomatischem Wege bereits soweit gediehen sind, daß eine neue Einberufung der Generalkommission der Abrüstungskonferenz sich rechtfertigen läßt. Wie Reuters erzählt, hält man in interessierten Kreisen eine Einberufung im gegenwärtigen Augenblick für unwahrscheinlich.

Kältewelle in Amerika

New York, 10. Febr. Die Ost- und Nordoststaaten werden seit Donnerstag von einer ungewöhnlichen Kältewelle heimgesucht. Im Eisenbahn- und Straßenverkehr kam es vielfach zu erheblichen Störungen. Die Schifffahrt mußte teilweise eingestellt werden. Am Freitag früh wurden in New York etwa 24 Grad Celsius unter Null gemessen. Die Notstandsarbeiten mußten eingestellt werden. Etwa 80 000 Arbeitslose sind davon betroffen. Auch in Washington herrscht ungewöhnliche Kälte. Der Freitag war mit 24 Grad unter Null der kälteste Tag seit dem Jahre 1912. Die Folgen für die sonst an ein mäßiges subtropisches Klima gewöhnte Bundeshauptstadt sind schwer. Mehrere Personen sind erkrankt. Glatteis führte zu zahlreichen Unfällen. In den Gebirgsgegenden erreichte das Thermometer einen noch tieferen Stand. In Highport (New Jersey) wurden 40 Grad Kälte gemessen. Zum erstenmal seit 60 Jahren ist der Ontariosee wieder zugefroren.

Letzte Nachrichten

Deutsch-schweizerisches Transferabkommen

Berlin, 11. Febr. Zwischen Vertretern der deutschen und der schweizerischen Regierung ist eine Einigung über ein neues Transferabkommen zustande gekommen. Es sieht eine volle Verbringung der schweizerischen Gläubigern zuzehenden Scrips aus dem Erlös zusätzlicher Ausfuhrerträge nach der Schweiz vor.

Illegale KPD-Organisation in Nürnberg ausgehoben

Nürnberg, 11. Febr. Einen schweren Schlag gegen die illegale KPD in Nordbayern konnte die Nürnberger Politische Polizei durchführen. Nach wochenlangen Beobachtungen gelang es ihr, den gesamten neuangelegten illegalen Apparat der KPD in Nürnberg aufzudecken. Sämtliche Funktionäre, über 20, wurden verhaftet.

Schritt der Unterzeichnermächte der Memelkonvention in Kowno

Kowno, 11. Febr. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die in Kowno anwesenden Vertreter der Unterzeichner der Memelkonvention, die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens, bei dem litauischen Außenministerium vorgeschlagen haben wegen der jüngsten Vorgänge im Memelgebiet und wegen der etwaigen Auswirkungen des neuen litauischen Gesetzes zum Schutze von Volk und Staat auf die Autonomie des Memelgebietes.

Württemberg

Eine Kundgebung für das Winterhilfswerk

Hilgenfeldt sprach in Stuttgart

Stuttgart, 10. Febr. Um die Durchführung des größten sozialen Hilfswerkes weiterzuführen und für die NS.-Volkswohlfahrt tatkräftig zu werden, veranstaltete die Gauführung Württemberg und die Kreisführung Stuttgart der NS.-Volkswohlfahrt am Freitag abend in der Stadthalle eine Kundgebung, auf der als Hauptredner der Reichsführer der NS.-Volkswohlfahrt und des Winterhilfswerks, Gg. Hilgenfeldt, Berlin, MdR., über die bisher geleistete Arbeit, den großen Bereich der vorliegenden sozialen Aufgaben und über die weiteren Ziele des Winterhilfswerks in umfassender Weise berichtete. Gaugeschäftsführer Gänthner eröffnete die Veranstaltung. Gauwarter Kling wies darauf hin, daß der Nationalsozialismus die Volksgesundheit, das einzige Kapital des Volkes, nicht der Allgemeinheit überlassen könne. Er ergreife deshalb neue Maßnahmen und suche neue Wege. Mit einem warmen Appell, durch die Mitgliedschaft bei der NS.-Volkswohlfahrt mitzuarbeiten an dem großen Werk, schloß er seine Ansprache. Darauf ergriff der Reichsführer der NS.-Volkswohlfahrt und des Winterhilfswerks, Gg. Hilgenfeldt, das Wort. Während der Liberalismus unter Freiheit so viel wie Freizügigkeit verstanden habe, habe der Nationalsozialismus den Dienst und die Pflichterfüllung als Ausdruck der Freiheit gefunden, wie ja auch das Wort „Gemeinnutz geht vor Egoismus“ der Leitspruch der Partei geworden sei. Gerade im Winterhilfswerk sei besonders, ja ausschließlich nach diesem Grundgedanken gehandelt worden. Man habe z. B. die Kohlen für das Winterhilfswerk aus der Produktion genommen und nicht etwa Heidekohle, die billiger gewesen wäre, verwendet. So seien 2,6 Millionen Tonnen Kohlen gleich 8,6 Prozent der gesamten Hausbrandversorgung aus eigenen Mitteln zur Verteilung gekommen. Um den normalen Wirtschaftsablauf nicht zu stören, habe man sich bei der Verteilung des vorhandenen Wirtschaftsgutes bedient. Die große Linie der neuen Maßnahmen für Volkswohlfahrt und Volksgesundheit, wie sie in dem Sterilisationsgesetz in der Fürsorge für Mutter und Kind und in der Betreuung der unehelichen Mütter zum Ausdruck kommen, seien alle auf dem Grundgedanke jener höheren Sittlichkeit, wie sie nur der Nationalsozialismus vertritt. Mit dem Dank an den Führer, der uns aus Schwäche, Elend und Niedergang herausgeführt und uns eine neue große Zukunft gewiesen habe, schloß Gg. Hilgenfeldt seine mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommene Rede.

Treuekundgebung der württ. Beamenschaft

Stuttgart, 11. Febr. In seltener Einmütigkeit und Geschlossenheit marschierte am Sonntag die im Reichsbund der Deutschen Beamten vereinigte Beamenschaft von Württemberg und Hohenzollern, aller Kategorien, aller Grade, vom Staatsrat und Minister bis zum letzten Unterbeamten, in Stuttgart auf, um ein gewaltiges, eindrucksvolles Bekenntnis der Treue zu Volk, Reich und Führer abzulegen. In 21 Sonderzügen waren die dienstfreien Beamten aus dem ganzen Lande schon in den Morgenstunden in Stuttgart einetroffen. In endlosen Kolonnen marschierten sie von ihren Sammelplätzen in den Hof der Rotenbüchlerstraße, um in einer Massenkundgebung ihre Verbunden-

heit mit dem nationalsozialistischen Staate zu bekunden. 30 000 Beamte und Beamtinnen füllten den weiten Hof, als mit klingendem Spiel die Fahnenkompanie einmarschierte und vor dem Rednerpodium aufstellte. Der Kundgebung wohnten auch die Spitzen der Behörden und der Partei bei. Der Leiter des Amtes für Beamte, Gau Württemberg-Hohenzollern, Weich, eröffnete die Kundgebung, wobei er besonders den Leiter des Amtes für Beamte bei der obersten Leitung der NSD., Rees, Berlin, und den Reichsstatthalter begrüßte. Sodann ergriff Reichsstatthalter Murr das Wort, der die schwäbischen Beamten namens der württ. Regierung begrüßte. Die nationalsozialistische Staatsauffassung, so führte er weiter aus, gibt dem Volke das Primat. Der Staat ist nur dazu da, dem Volk zu dienen. Das Volk ist Organismus, der Staat aber nur Organisation. Der staatliche Verwaltungsapparat muß ebenso durchdrungen sein von der Weltanschauung, die das Volk erfüllt, wenn nicht eine Entfremdung zwischen beiden eintreten soll. Die Regierung hat das Vertrauen, daß die Beamten die Aufgabe der Zeit in nationalsozialistischem Geiste erfüllen. So werden Volk und Staat eine stahlharte Einheit werden und das starke Volkswort bilden, das unser Volk im Kampfe um sein Dasein bedarf. Von kühnen Beirufen begrüßt, trat sodann der Leiter des Amtes für Beamte bei der obersten Leitung der NSD. und Führer des Deutschen Beamtenbundes, Rees-Berlin vor das Mikrophon. In eindrucksvollen Ausführungen umriß er zunächst die Aufgaben und Pflichten der Beamten im neuen Staate. Mit dem Tonus des unpolitischen Beamten, so betonte er, muß gebrochen werden. Jeder einzelne Beamte muß das nationalsozialistische Gedanken- und in sich aufnehmen, wenn er seine Dienstpflicht richtig erfüllen will. Auf die Dauer wird der Beamte ohne nationalsozialistische Weltanschauung seinen Dienst bei der fortschreitenden nationalsozialistischen Gesetzgebung kaum noch versehen können. Der nationalsozialistische Staat kann nicht Menschen zu seinen Repräsentanten machen, die keine Übung von der nationalsozialistischen Idee haben. Die Initiative in allen politischen Dingen geht von der Partei aus. Der Staat ist in diesem Zusammenhang nur der organisatorische Mittler zur Durchsetzung der Ziele der politischen Partei. Da die Einheit von Partei und Staat sichergestellt ist, ist der Beamte auch Repräsentant der nationalsozialistischen Bewegung. Der Redner wandte sich dann organisatorischen Fragen zu und wies die Vorwürfe, daß er mit der Zusammenlegung der Verbände eine Gleichmachelei betreibt, zurück. In diesem Zusammenhang teilte er die neueste Anordnung des Reichsinnenministers und des Stellvertreters des Führers vom 10. Februar mit, die an anderer Stelle veröffentlicht ist. Zum Schluß warnte Gg. Rees die Beamten vor allen reaktionären Bestrebungen, vor allem auch, wenn diese sich hinter reaktionäre Betätigung verkleiden und forderte sie auf, in allem dem deutschen Volke ein Vorbild zu sein und in unwandelbarer Treue und Disziplin zum Führer zu stehen. Rees weihte dann über 100 Fahnen des Amtes für Beamte bei den Kreisen und den Fachschaften, worauf die machtvolle Kundgebung mit einem Sieg-Heil auf den Führer und dem gemeinsamen Gelände des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes schloß. Die Beamten marschierten dann in geschlossenem Zuge zum Neuen Schloß, wo Reichsstatthalter Murr und Beamtenführer Rees den Vorbesuch abnahmen. Auf dem Marktplatz fanden die Marschkolonnen ihre Auflösung.

Stuttgart, 10. Febr. (Zur Arbeitsbeschaffung.) Vor wenigen Wochen konnten wir berichten, daß die öffentliche Bauparlaste Württemberg in einer Sonderzuteilung am 16. Dezember 1933 7 Millionen RM. aus Mitteln der Sparkassenorganisation ausgeschüttet hatte. Und schon wieder war es ihr möglich am 20. Januar 1934 bei der 16. ordentlichen Darlehensvergebung 682 Verträge mit einer Vertragssumme von 6 525 000 RM. zuzuteilen. Die Gesamtzuteilungen der öffentlichen Bauparlaste Württemberg belaufen sich auf 39,5 Millionen, das sind über 59 Prozent des Gesamtvertragsbestandes. Das Ergebnis ist insofern besonders erfreulich, als die zugewiesenen Gelder dem Bauhandwerk zuzuführen und ausschließlich der Beschaffung von Winterarbeit dienen.

Von der Evang. Diakoniewehrschule. Uebergegangen an die Soz. Frauenschule des Schwäb. Frauenvereins ist nur die Wohlfahrtsabteilung der Diakoniewehrschule (zur Ausbildung von städtischen Wohlfahrtspflegerinnen). Weiter bestehen wird die Diakoniewehrschule nach wie vor als Ausbildungsstätte für evang. Gemeindeführerinnen und evang. Anstaltsgehilfinnen.

Der neue Stuttgarter Kreisrat. Nach der neuen Kreisordnung ist an Stelle des früheren Bezirksrats nun der Kreisrat getreten. Der Kreisrat Stuttgart besteht aus dem Polizeipräsidenten als Vorsitzenden, dem Kreisleiter der NSDAP. und 3 weiteren Mitgliedern, von denen nur eines dem Gemeinderat angehören darf. Der Polizeipräsident hat im Einvernehmen mit dem Kreisleiter zu Mitgliedern des Kreisrats berufen den Stadtkammerer Hirzel, den Rechtsanwält Gluck und den SA-Standartenführer Himpel, zu Stellvertretern den Stadtrat Dr. Pöcher, den Architekten Oberturnführer Kraffel und den Fabrikanten Epple.

Tübingen, 10. Febr. (Aus Schwermut in den Tod.) Ein 62 Jahre alter Wirt aus Tübingen hat in einem Anfall von Schwermut seinem Leben durch Gasvergiftung ein Ende gemacht.

Gmünd, 10. Febr. (Explosion.) Eine mit Signalmunition beladene Kiste explodierte auf bisher ungeklärter Weise in dem Augenblick, als sie in den Güterwagen verladen wurde. Bei dem Unfall wurden drei Mann verletzt.

Hall, 10. Febr. (Unfallsfall aus der Säuglingspflege.) Ein Unfallsfall aus der Säuglingspflege wird von der hiesigen Oberin A. v. Bok und Palack allen Säuglingspflegerinnen wegen des Ernstes des Falles zur Kenntnis gebracht: Einem Säugling von 1 1/2 Monaten war von der Pflegerin während des Ankleidens die Puderbox als Spielzeug in die Hand gegeben worden. Beim Spielen löste sich der durchlöchernde Deckel der Dose, und das Gesicht des Kindes wurde von einer Puderwolke bedeckt. In Mund und Nase drang so viel Puder ein, daß der Säugling nur mit größter Anstrengung dem Ersticken entzogen werden konnte. Eine durch das Einatmen des Puders hervorgerufene schwere Lungenentzündung hat das Kind dann noch tagelang in äußerster Lebensgefahr sein lassen.

Bessendorf, O.A. Oberndorf, 10. Febr. (Schlittenunfall.) Am Mittwoch wurde beim Schlittensahren der 5-jährige einzige Sohn des Johannes Ranz von einem Tübingen erkrankt. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, dem er am Donnerstag erlegen ist.

Tailfingen, O.A. Balingen, 10. Febr. (Statt „Konsumverein“ jetzt „Verbrauchergenossenschaft“.) Der Konsumverein Tailfingen eGmbH. hat seinen Namen in „G. E. G. Verbrauchergenossenschaft Tailfingen eGmbH. in Tailfingen“ umgeändert.

Sigmaringen, 10. Febr. (Vom Spiel in den Tod.)

Am Donnerstag vergnügten sich in Lauchthal Schulfinder mit dem althergebrachten „Strohmannreiben“. Von Sigmaringendorf her kam das mit zwei Pferden bespannte unbeladene Fuhrwerk des hiesigen Landwirts Hermann Kern. Blöcklich schenkte die Pferde angelehnt des Strohmanns und nahmen Reißaus, direkt auf die Kinderstube zu. Die 7-jährige Rosa Kern und die 10-jährige Franziska Kessel kamen nicht mehr rasch genug von der Straße weg und Pferde und Wagen gingen über die beiden Mädchen hinweg. Dabei erlitt die Schülerin Rosa Kern, eine Enkelin des Fuhrwerksbesizers, so schwere innere Verletzungen, daß das Kind starb.

Sonthheim a. Br., 10. Febr. (Diamantene Hochzeit.) Am Sonntag konnten die Eheleute Bernhard und Rosine Katharine Dörner, geb. Merkle, das Fest der diamantenen Hochzeit begehen. Im Patriarchenalter von zusammen 170 Jahren erfreut sich das Jubelpaar noch vollkommener Geistesfrische. Der Jubelbräutigam verlor schon im jugendlichen Alter durch ein tragisches Mißgeschick das Licht beider Augen. Seit 70 Jahren ist er vollständig erblindet. Seine ihm heute noch treu zur Seite stehende Lebensgefährtin reichte dem Blinden die Hand zum Lebensbrot.

Heilbronn, 11. Febr. (Hoffnungsvolle Zukunft.) In den letzten Tagen hat die Kriminalpolizei acht hiesige Lehrlinge und Volksschüler ermittelt, die insgesamt 20 Diebstähle, und zwar von Lebensmitteln und Fahrradzubehörfteilen, verübt haben. Gegen einige wird Fürsorgeerziehung beantragt werden.

Heilbronn, 11. Febr. (29 000 Anmeldungen zum Schwäb. Sängerfest.) Zum Schwäbischen Sängerfest in Heilbronn sind bereits 29 000 auswärtige Sänger gemeldet.

Neutlingen, 11. Febr. (Ein weiblicher Schlossermeister.) Die Meisterprüfung im Schlosserhandwerk legte Fräulein Gertrud Weiß aus Tübingen vor der Meisterprüfungskommission der Handwerkskammer Neutlingen ab. Fräulein Weiß hat ordnungsgemäß die Lehrzeit im Schlosserhandwerk durchgemacht und die Gesellenprüfung im Jahre 1929 abgelegt, sowie die vorgeschriebene Gesellenfähigkeit erfüllt. Die junge Meisterin hat mit der Note 7 die Meisterprüfung bestanden. Ueber die Leistungen und Kenntnisse von Fräulein Weiß, die bei ihrem Vater gelernt hat, waren die Mitglieder der Prüfungskommission besonders erfreut.

Kottweil, 11. Febr. (Ankunft der Mitglieder des Seminars.) Die Ankunft der Mitglieder des Seminars am Samstag vormittag gestaltete sich zu einem großen Ereignis. Die halbe Stadt war auf den Beinen. Dichte Menschenmassen füllten den Platz vor dem Bahnhof. Der hiesige Seminarsturm war angetrieben, der Schulvorstand mit den Lehrern war erschienen, ebenso der Stadtvorstand mit einer Anzahl Gemeinderäten. Bürgermeister Abrell hieß die Ankömmlinge, Lehrer und Schüler im Namen der Stadt herzlich willkommen. Studienrat Deibele dankte für den herzlichen Empfang. Der Zug bewegte sich durch die Stadt zum Seminar, wo Oberstudiendirektor Kottmann die Mitglieder begrüßte.

Ulm, 10. Febr. (Abtreibung.) Wegen Abtreibung hatten sich vier Personen aus Mundertingen zu verantworten. Die Abtreibung wurde mit Erfolg an einer 20-jährigen Hausdokterin durchgeführt. Je nach dem Grad ihrer Beteiligung erhielten die Angeklagten 6 Wochen, 3 Monate, 4 Monate und 2 Monate Gefängnis.

Friedrichshafen, 10. Febr. (Kraftpostlinie Lindau—Freiburg.) Im Anschluß an die seit drei Jahren verkehrende Kraftpostlinie Berchtesgaden—Garmisch—Partenkirchen—Lindau, die jetzt den Namen „Deutsche Alpen-Post“ erhalten soll, soll im kommenden Sommer eine Kraftpostlinie Lindau—Freiburg i. Br. geschaffen werden. Die neue Linie wird in einer Länge von rund 200 Kilometern am Bodensee entlang führen, wenn möglich Konstanz einbezogen und voraussichtlich über Friedrichshafen, Meersburg, Ueberlingen, Donaueschingen geleitet werden. Damit erhält der Schwarzwald eine neue Verbindung mit dem Bodensee, dem Zugspitzgebiet und dem Berchtesgadener Land.

Vom bayerischen Allgäu, 10. Febr. (Es fehlt an Knechten und Mägden.) Auf dem Schenkmarkt in Reippen machte man die Wahrnehmung, daß jüngere Leute zwischen 16 und 18 Jahren fehlten; ebenso war Mangel an Meßkern und Obermeßkern; bei der weiblichen Abteilung fehlte es vorab an landwirtschaftlichen Diensthöten, die melken können. Auch vom Diensthötenvermittlungstag in Wemding wird berichtet, daß viele Diensthöten, die einen Diensthöten suchten, unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten. Allgemein war die Klage, daß es schwer ist, Diensthöten und Mägde zu bekommen.

Von der bayerischen Grenze, 10. Febr. (Mit dem Schlitten in den Ostkarawagen.) Auf dem Heimweg fuhren die elfjährige Hildegard Eisenberger und die gleichaltrige Aneleise Wiber von Treuchtlingen mit dem Schlitten die eiserne Straße hinab. Im selben Augenblick fuhr ein Lastkraftwagen vorbei, jedoch die beiden Mädchen unter den Wagen gerieten. Sie wurden schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht, wo Hildegard Eisenberger gestorben ist.

Baden

Nur 574 Abiturienten dürfen studieren!

Infolge des ungeliebten „Berchtesgadenwesens“ machte sich auch in Baden seit einer Reihe von Jahren eine durchaus ungeliebte und unerfreuliche Ueberfüllung der höheren Lehranstalten bemerkbar, die sich auch in einem unerbittlich wachsenden Andrang zu der Hochschule auswirkte. Es bestehen in unserem Lande zur Zeit 17 Gymnasien, 15 Realschulen, 20 Oberrealschulen, 2 Mädchengymnasien, 4 Mädchenschulen und 5 Mädchenoberrealschulen. An Ostern 1933 bestanden 1983 Oberprimaner, darunter 487 Mädchen, das Abitur. In dem zu Ende gehenden Schuljahr 1933/34 fielen in Oberprima 123 Schüler und Schülerinnen. Infolge des vom Reichsinnenminister Dr. Brüderlax erlassenen Gesetzes dürfen nunmehr von den diesjährigen Abiturienten nach dem für Baden ermittelten Bedürfnis nur noch 574 studieren. In Württemberg sind es 611, in Bayern 1679, in Lippe-Schaumburg, dem kleinsten Land, nur 12 usw. Die Zahl der Studentinnen soll 10 Prozent der Landesquote nicht überschreiten. Ueber die Art und Weise, wie bei der Auslese der Abiturienten verfahren werden soll, werden demnächst vom Badischen Unterrichtsministerium besondere Bestimmungen ausgegeben werden.

Ein Triberger Arzt festgenommen

Triberg, 11. Febr. Der Triberger Arzt Dr. med. Caon Raß wurde von der Staatsanwaltschaft Offenburg unter dem Verdacht der Abtreibung festgenommen. Diese Festnahme erregt

Schwarzes Brett

NSDAP. Ortsgruppe Wildbad.
Diejenigen Parteigenossen, die an dem Gauparteitag als Zuschauer teilnehmen wollen, melden sich sofort an der Geschäftsstelle. Wer nach dem 13. sich meldet, kann nicht mehr berücksichtigt werden.
Fahrpreis mit Sonderzug etwa 1.70 RM.
Der Zug fährt am Sonntag den 25. Februar früh und kommt Sonntag abend wieder zurück.

hier um so größeres Aufsehen, als bekanntlich vor wenigen Tagen ein anderer Triberger Arzt, Dr. Wagner, nach Morphieminjektionen bei seiner Frau und seinem kleinen Kind wegen krimineller Delikte sich selbst das Leben zu nehmen versuchte. Während das Kind gestorben ist, wurden die Eltern gezeitet und Dr. Wagner in das Gefängnislazarett nach Freiburg überführt. Die neuerliche Verhaftung hat jedoch mit dem Fall Dr. Wagner nichts zu tun. Sie betrifft einen Komplex für sich und wird in Verbindung gebracht mit seit längerem schwebenden Ermittlungen wegen Abtreibungen. Ein Triberger Ehepaar befindet sich wegen Delikten dieser Art schon seit einiger Zeit in Gewahrsam.

Karlsruhe, 11. Febr. (Die Plauener Spitzenrossette.) Von allen Reichsgebieten hatte am 4. Februar Baden zuerst mit dem Verkauf der Plauener Spitzenrossette begonnen. Großen Beifall hat die Spitzenrossette überall und besonders bei der Frauenwelt gefunden. Ueber 300 000 Rosetten konnten bisher in Baden verkauft werden.

Wiesloch, 11. Febr. (Ankündigung zum Weineid.) Der 24-jährige jüdische Viehhändler Heß aus Walsch bei Wiesloch erhielt ein Jahr Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust. Außerdem wurde ihm dauernd die Fähigkeit aberkannt, als Zeuge vor Gericht zu erscheinen.

Kastatt, 11. Febr. (Führerschule der Hitlerjugend.) Den Bemühungen der Stadtverwaltung um zweckdienliche Verwendung der früher vom Militär benutzten Gebäude ist es gelungen, eine Oberbannschule der Hitlerjugend nach Kastatt zu bekommen.

Muggenitarm b. Kastatt, 11. Febr. (Verunglückt.) Beim Rodeln verunglückt sind zwei Mädchen, die 21-jährige Marie Schneck, die ein Bein brach, und die 22-jährige Lina Dörm, die eine schwere Knieverletzung davontrug.

Radolfzell, 11. Febr. (Neuer Bürgermeister.) Gauinspektor und Kreisleiter Eugen Speer wurde durch das badische Innenministerium zum Bürgermeister von Radolfzell ernannt. Die Nachricht von der Ernennung löste in Radolfzell allgemein große Freude aus.



Reichsminister Seidte bei den Deutschen Skimeisterschaften. Von den Deutschen Skimeisterschaften bei Berchtesgaden fand der Militärpatrouillenlauf der Reichswehr allgemeines Interesse. Zu dieser Veranstaltung war auch Reichsarbeitsminister Franz Seidte (im Bild in der Mitte) erschienen.

Abschluß der Deutschen Skimeisterschaften

Die 40 Kilometer-Staffelmeisterschaft

Der 4 mal 10 Kilometer-Staffellauf wurde zum ersten Mal nach den internationalen Bestimmungen durchgeführt. Bis her war man in Deutschland über 5 mal 8 Kilometer gelaufen. Zum gemeinsamen Start hatte man das Haus Wachenfeld am Obersalsberg, der Stammsitz des Führers, gewählt. 16 Mannschaften traten zum Massenstart an. Alle Mannschaften waren von dem Willen befeuert, den schönen Vokal des Volkskanzlers zu erobern. Im Verlauf des Rennens spielten die Bayern, die mit nicht weniger als 4 Mannschaften antraten, eine überlegene Rolle. Bayern 1 mit der starken Mannschaft Franz Keller, A. Zeller, B. Moß und Willi Vogner konnten nach ständiger Führung in der ausgezeichneten Zeit von 3:04,30 Stunden vor Bayern 2 (3:08,37), Allgäu (3:13,25), Sachsen, Schleßen 1, Bayern 3, Schwarzwald, Bayern 4 und Bayernwald den Vokal des Führers gewinnen. Es gab auf der ganzen Strecke einen harten, ausgeglichene Kampf, der erst auf der letzten Staffel entschieden wurde.

Der Slalomlauf

Den zweiten Teil der Samstagwettkämpfe bildete der Slalomlauf, der erstmalig zusammen mit dem Abfahrtsrennen kombiniert der Deutsche Meisterschaft gewertet wurde. Unter der Zahl der durchwegs sehr tüchtigen Läufer ragte Anton Seelos aus Gormisch noch um einiges hervor. Er siegte mit der Gesamtzeit von 1:59, 6 Min., wobei er mit 59,1 Sek. auch die Tagesbestzeit für einen Lauf erzielte. Der Sieger des Abfahrtslaufes, Bantschner-Zinsbrud, belegte hinter Seelos in 2:00,1 Min den zweiten Platz und wurde mit dieser Leistung Meister in dem zusammengelegten Lauf Abfahrt-Slalom.

Eislaufmeisterschaften

von Württemberg und Baden

Die Eislaufmeisterschaften des Gaues 14/15 im Deutschen Eislaufverband wurden auf der Stuttgarter Schlittschuhbahn Waldau angetragen. Den Stuttgarter Schlittschuhläufern stand ein starkes Aufgebot von Eisläufern aus den Winterhochburgen Triberg und Wangen im Allgäu gegenüber. Aber auch die Städte Konstanz, Ravensburg, Freiburg, Karlsruhe und Ebingen hatten eine große Anzahl Teilnehmer entsandt. In lärmlichen Kassen wurden prächtige Leistungen gezeigt. In der Herrenmeisterklasse errang der bekannte Stuttgarter Röllschubmeister Walter mit dem Triberger Groß erbittert um den Sieg. Der Stuttgarter konnte in den Kürbungen besser gefallen und schnitt auch in den schwierigen Pflichtläufen besser ab, weshalb ihm der Sieg verdienstlich zuziel. In der Damenklasse glänzte die bekannte süddeutsche Eislaufmeisterin Frau Trautz-Stuttgarter Schlittschuhklub. Sie siegte mit 108,4 Punkten unangefochten vor ihrer Clubkollektin Kroner. Einen zweiten Erfolg hatte Frau Trautz zu verzeichnen, als sie mit ihrem Gemahl im Paarlaufen ebenfalls den ersten Platz eroberte.

Fußball

Gauliga

Gau Württemberg:

Stuttgarter Kickers — SC. Stuttgart 1:1
FC. Stuttgart — 1. SC. Ulm 3:1
FC. Birkfeld — Union Bödingen 0:1.

Gau Baden:

Phönix Karlsruhe — FC. Redarau 7:1
Germania Brödingen — Karlsruher FC 1:1.

Gau Bayern:

FC. 05 Schweinfurt — 1860 München 0:0
Würzburger FC. — Bayern München 1:4.

Gau Südwest:

Eintracht Frankfurt — Offenbacher Kickers 2:2
SV. Wiesbaden — Wormatia Worms 1:1
Phönix Ludwigshafen — Sportfr. Saarbrücken 3:1
FC. Kaiserslautern — Borussia Neunkirchen 4:1
FA. Pirmasens — Alemannia-Olymp. Worms 4:0.

Bezirksklasse — Gau Württemberg

Gruppe West:

FC. Zuffenhausen — VfB. Ludwigsburg 1:1
SV. Baa. Untertürkheim — SV. Baa. Mühlacker 2:4
FC. Gaisburg — Sportfr. Lauffen 0:2
Sportfr. Eßlingen — VfB. Jahn Stuttgart 8:0
FC. Sonthheim — SV. Baa. Bad Cannstatt 0:1.

Gruppe Süd:

FC. Schweningen — FC. Tuttlingen 2:2
FC. Ebingen — SV. Baa. Troßingen 2:5
SV. Baa. Truchtlingen — FC. Taiflingen 1:2

Gruppe Ost:

SV. Göppingen — FC. Alfen 5:0
FC. Heidenheim — FC. Müttlingen 3:4
SV. Baa. Tübingen — Germania Gmünd 2:2
SV. Reutlingen — FC. Schorndorf 7:2
FC. Geislingen — Sportfr. Tübingen 4:1.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Erste Luftpost in Buenos Aires eingetroffen. Die erste Sendung der regelmäßigen Transatlantik-Luftpost traf 6 1/2 Tage nach dem Abgang aus Deutschland in Buenos Aires ein.

21 Todesopfer der Kältewelle in Amerika. Die ungewöhnliche Kältewelle, die ganz Nordamerika heimjucht, hat bereits 21 Todesopfer gefordert.

Schiff mit 119 Personen vermisst. Nach Meldungen aus Coronado (Nordsee) wird das mit 119 Personen besetzte Motorschiff „Dena-Dena“ seit einigen Tagen vermisst. Das Schiff hatte im Golf von Tomini einen Maschinenschaden erlitten. Man vermutet, daß es auf das offene Meer hinausgetrieben worden ist.

Beisehung Heinrich Kipplers. Auf dem Dreifaltigkeits-Friedhof in Berlin wurde unter starker Anteilnahme der Berliner Presse der nach langer Krankheit im Alter von 63 Jahren verstorbene Heinrich Kippler, der langjähriger Herausgeber der „Täglichen Rundschau“, feierlich beigesetzt.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badblatt, Wildbad i. Schwarzwald (Süd. Th. Gsch.) Nr. 1. 34. 796.

Zur Fastnachtsbäckerei

Weizenmehl	Pfd. 18 $\frac{1}{2}$
Wizenmehl, Spezial	Pfd. 20 $\frac{1}{2}$
Mühlengold	22 $\frac{1}{2}$
Rollosfett	Tafel 60, 55 $\frac{1}{2}$
Schweineschmalz	Pfd. 84 $\frac{1}{2}$
Gem. Marmelade	45 $\frac{1}{2}$
Aprikosen-Marmel.	50 $\frac{1}{2}$
Gem. Marmelade	2 Pfd.-E. 58 $\frac{1}{2}$
Erdbeer-, Apfeln- oder Himbeer-Konfitüre	Pfd.-Glas 58 $\frac{1}{2}$

... und 3% Rabatt

Otto Bosh, Niederlage von
Thams & Garfs
Samburger Kaffee-Bager

Hausbesitzer-Verein e. B. Wildbad

Heute abend 8 Uhr findet im Saale des Schwarzwaldhofes seitens des Reichsausschusses für Sachwertverhaltung durch Anstrich, Berlin ein Film- und Lichtbild-Vortrag bei freiem Eintritt statt. In zahlreichen Städten Deutschlands wurden diese Vorträge bereits gehalten, worüber die günstigsten Berichte vorliegen. — 1. Film: „Manöver der Luftstreitkräfte“. 2. Wie schützt der Hausbesitzer sein Haus und dessen Bewohner vor den Folgen eines Fliegerangriffs. 3. „Befreite Spötter“. 4. Wie schützt der Hausbesitzer sein Haus vor Verfall? 5. 2 lustige Filme. Vortragender: Herr Major a. D. Freiherr von Massenbach.

Hierzu lade ich sämtliche Hausbesitzer sowie die Behörden und Handwerker-Innungen freundlichst ein.

Auch für die Frauen unterhaltend und anregend!
Hochinteressant!

Der Vereinsführer.

Gedenket

der hungernden Vögel!

Gebt für die Winternothilfe!